

Neue Medien

Martin Emmer, Gerhard Vowe, Jens Wolling: Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland

Konstanz: UVK 2011, 343 S. ISBN 978-3-86764-279-8, € 39,-

Wie nutzen Bundesbürger allmählich – im Laufe einer etwa zehnjährigen Entwicklung – das Internet für ihre individuelle politische Kommunikation, wie verändert sie sich dadurch und wie lassen sich diese Veränderungen erklären? Das sind die leitenden Fragen, die sich das Forscherteam in Ilmenau und Düsseldorf seit 2001 in einem aufwendigen, sehr solide durchgeführten Forschungsprojekt stellen konnte. Vielfach, in zahlreichen, hier ausgewiesenen Publikationen, haben die drei Autoren darüber berichtet. Mit diesem umfangreichen Band legen sie nun die Abschlussbilanz des Projekts vor. Er behandelt vor allem sehr genau die Konzeption der Studie (einschließlich der Rekapitulation des Standes der einschlägigen internationalen Forschung), das methodische Vorgehen einer solchen „Längsschnittuntersuchung im Panelmodus mit sieben Wellen“ (S.33), die zahlreichen thematischen Aspekte, die bei einer solchen mehrdimensionalen Erhebung anfallen, und ebenso die vielfältigen Ergebnisse.

Grundlegende Medieninnovationen – etwa die Einführung und Diffusion des Fernsehens oder zu

Beginn dieses Jahrtausends des Internets – empirisch beobachten zu können, ist in der Nutzungs- und Medienwirkungsforschung sehr begehrt und verspricht ebenso erkenntnis- wie ertragreich zu sein, kommt aber nur selten vor. Insofern kann diese Studie schon jetzt das Prädikat ‚einmalig‘ oder auch ‚historisch‘ beanspruchen, wie die Autoren betonen. Da sie außerdem sehr kleinschrittig und genau vorgehen – selbst die Allerweltsbegriffe wie Medien („Möglichkeitsraum für Kommunikation“ [S.11]) und Kommunikation werden definiert –, kann dieses Werk zugleich als Lehrbuch für empirische Kommunikationsforschung firmieren. Ausgegangen wird von folgenden, alternativ gedachten Hypothesen zum Einfluss des Internets auf die politischen Kommunikationsaktivitäten: Entweder führen die Erweiterungen des Kommunikationsrepertoires durch das Internet zu einer verstärkten politischen Mobilisierung oder aber zu einer Abkehr von den herkömmlichen politischen Kommunikationsaktivitäten, oder es ergeben sich keine nachweislichen Veränderungen (S.28). Ob sie sich letztlich als „aus den komplexen interdependenten Zusammenhängen“ folgende „spezifische

Kausalbeziehungen“ interpretieren lassen, müsste gesondert geprüft werden, da sich bei solch langen und komplexen Längsschnittuntersuchungen zwangsläufig viele multifaktorielle Konstellationen ergeben, die außerhalb des gewählten Analysefokus bleiben.

Befragt wurde von 2002 bis 2009 repräsentativ die „deutschsprachige Wohnbevölkerung des Bundesrepublik Deutschland über 16 Jahren“ (S.39) jeweils einmal pro Jahr mit Stichproben von ca. 1500 Personen pro Welle, und zwar nach ihrer herkömmlichen politikbezogenen Mediennutzung sowie nach ihrer wachsenden Onlinenutzung (z.B. Internetzugang, stationär und mobil, Umfang, Bandbreite und Varietäten, bevorzugte Dienstleistungen als Items), nach ihren Einstellungen und Wertorientierungen und ihren diversen politischen Aktivitäten. All diese Themenfelder werden hier ausführlich begründet und exemplarisch dokumentiert, so dass man sich ein vollständiges Bild von Erhebung und Auswertung machen kann. Viel Sorgfalt wurde auch auf die Pflege und valide Nachrekrutierung des Panels gelegt, das allerdings im Bildungsgrad nach oben von der Gesamtbevölkerung abweicht.

In neun thematischen Kapiteln werden die Daten aufbereitet und die Befunde im Einzelnen aufgeführt; sie können natürlich hier nicht rekapituliert werden. Letztlich sind die Gesamtergebnisse – wie oft bei gründlichen empirischen Erhebungen – wenig spektakulär, wie die Autoren selbst einräumen. Sie lassen sich allerdings vielfältig differenzieren und zeigen über das

Jahrzehnt hinweg, dass auch das Internet – wie alle anderen Medien davor – kontextuell und akteursbezogen in die Alltags- und Lebensbewältigung einbezogen wird und erst allmählich die habituellen Muster und Kommunikationsformen verändern: Stabilitäten und sukzessive Veränderungen korrespondieren miteinander. Allein die 16- bis 35-Jährigen – gemeinhin als *digital natives* apostrophiert – weisen einen ganz selbstverständlichen Umgang mit dem Internet auf; sie sind aber politisch weniger aktiv, weshalb sie für die politische Kommunikation wenig auffallen und in der Typenbildung der Studie vielleicht nicht ganz glücklich als „bequeme Moderne“ bezeichnet werden (S. 309).

Erfreulich ist auch, dass die Autoren in ihrem letzten Kapitel den Ertrag dieser aufwendigen Studie bilanzieren, und zwar für die Politik, darunter für die Organisation, den einzelnen Bürger, die normativen Implikationen und die demokratische Öffentlichkeit, sowie für die Kommunikationsforschung: Nicht in dieser Phase, aber auf mittlere Sicht dürfte das Internet die herkömmlichen Muster politischer Kommunikation verändern, neue Öffentlichkeiten schaffen und damit Verlagerungen von Ressourcen der politischen Arbeit anraten (wie das ja schon in den Wahlkämpfen mit einschlägigen Kampagnen passiert). Ob und wie weit die überkommenen Medien überleben – die Tageszeitung leidet schon am stärksten unter dem Wandel –, ist noch nicht gänzlich abzusehen – wohl auch, weil die jüngsten Formen wie *Social Media*, *Blogs*, *Twitter*

u.a. bis 2009 noch nicht genügend verbreitet waren. Unter normativen und regulatorischen Aspekten wird ständig zu prüfen sein, ob und wie sich künftig Ansprüche der Gleichberechtigung in Zugang und Nutzung, der Transparenz und der Medienvielfalt erhalten und entwickeln lassen. Noch kaum bedacht werden können mögliche weitere Innovationen – auch über soziale Netzwerke hinaus – sowie Abnutzungs- und Ermüdungserscheinungen, die sich schon ankündigen. Ihre Studie selbst charakterisieren die Autoren als „Vogelperspektive“ auf die politische Kommunikation (S.318). Nun müssten

analytische Differenzierungen und Nahaufnahmen vor allem auf der Micro- und Mesoebene gestartet werden, um die von den digitalen Medien forcierten Differenzierungen bis hin zur Individualisierung auch auf der Userseite abzubilden. Solche Studien lassen sich freilich nur mit längerfristigen Perspektiven und Methodenkombinationen vornehmen, wozu häufig passable Forschungsstrukturen und Finanzen fehlen. So bleibt es am Ende beim Appell: nämlich dass die Chancen auch für Forschung genutzt werden, die der digitale Wandel bietet.

Hans-Dieter Kübler (Hamburg)